

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und Linke

Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Der Beirat Blumenthal fordert den Senat auf, den Bund als Betreiber aufzufordern, die derzeitige Konzession aufzugeben. Einen Antrag zur Stilllegung einer Anlage kann ausschließlich der Betreiber als Inhaber der Genehmigung stellen.

Die Aufgabe der Konzession würde die Chance bieten, den Weiterbetrieb als Tanklager an eine neue Genehmigung zu binden. Der Betrieb wäre dann allenfalls nur noch unter strengen Umweltschutz-Auflagen und dem neuesten Stand der Technik bei den Anlagen möglich. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob ein Weiterbetrieb der Anlage auch für andere Zwecke unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist.

Sollte das Tanklager zukünftig nicht mehr weiterbetrieben werden, fordert der Beirat Blumenthal, dass der komplette Rückbau des Tanklagers mit allen zum Betrieb notwendigen Gebäuden, Betriebs-einrichtungen und Tankanlagen sichergestellt wird.

Zudem soll sich der Senat wie bisher beim Bund dafür einsetzen, dass alle erforderlichen Maßnahmen zur Grundwassersanierung bis zum Abschluss der gesamten Sanierung gewährleistet und auch vom Bund finanziert werden. Ein Zeitplan für die Sanierung der kontaminierten Flächen, z.B. der Bereich des Verladebahnhofs II, ist zu benennen. Es ist zeitnah die beabsichtigte Sanierung vorzustellen, da die bisher eingeleiteten **Maßnahmen** für die festgestellten Schäden **nicht ausreichend** erscheinen.

Weiterhin fordert der Beirat die sofortige Veröffentlichung des ersten Sachstandsberichtes vom 30.07.2010 – Arge LKNr. 220038, in dem alle vorhandenen Kontaminationsflächen im Bereich des Tanklagers und im weiteren Bereich des Wassereinzugsgebietes des Wasserwerkes aufgeführt sind. Die zusammengefassten Ergebnisse diverser Untersuchungen, die schon seit Jahrzehnten bekannt sind, machen eine fortschreitende Gefährdung eines Teils unseres Trinkwasserschutzgebietes für das Wasserwerk Blumenthal deutlich und deshalb müssen entsprechende Maßnahmen mit der entsprechenden Sachkompetenz **kurzfristig** eingeleitet werden. Die Ergebnisse des Sanierungsprozesses sollen dem Beirat jährlich berichtet werden. Der Bericht soll zudem, wie auch bisher alle anderen Dokumente, auf dem entsprechenden Link des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr öffentlich zugänglich gemacht werden (<http://umwelt.bremen.de/de/detail.php?gsid=bremen179.c.18198.de>).

Zur Klarstellung erklärt der Beirat, dass die Beschlussfassung des Beiratsausschusses für Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe vom 15.10.2012 damit hinfällig geworden ist.

Alex Schupp, Ralf Schwarz, Gabriele Kröger-Schurr, Anke Krohne

16.09.2013